

Es gilt das gesprochene Wort- Lüdinghausen, 3. April 2008

Haushaltsrede 2008

Meine sehr verehrten
Damen und Herren Stadtverordnete,

es gibt Leute, die große Probleme lösen, aber kleine Probleme ohne Mühe zu großen Problemen machen. Ein besonders begabter „Erfinder“ von Problemen dieser Art war der Vater der Relativitätstheorie Albert Einstein. Da er meist mit großen Problemen beschäftigt war, machte ihm der Alltag manchmal sehr zu schaffen. Im Zug - er befand sich gerade auf einer längeren Vortragsreise – fragte ihn der Schaffner nach seiner Fahrkarte. Einstein kramte, suchte, drehte alle Taschen um – es war keine Fahrkarte zu finden. Der Schaffner, von Mitleid bewegt, tröstete ihn und sagte, er solle sich doch einfach eine neue Karte kaufen und die alte einschicken, wenn er sie gefunden habe. Er bekäme selbstverständlich das Fahrgeld zurück.

„*Das ist ja nicht das Problem*“, erwiderte Einstein – „*aber ohne Fahrkarte weiß ich doch nicht, wo hin ich eigentlich fahren wollte.*“

Man sieht,

meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

nicht nur große Leute brauchen einen Fahrplan, um sicher ans Ziel zu gelangen, sondern auch die Kommunen. Einen solchen Fahrplan stellt auch der diesjährige Entwurf des städtischen Haushaltsplanes wieder dar. Ein Entwurf, der von den bisherigen Haushaltsplänen abweicht. Der erste Haushaltsentwurf der Stadt Lüdinghausen, der auf der Basis der kaufmännischen, doppelten Buchführung erstellt worden ist.

Mit diesem ersten NKF-Haushalt in der Geschichte der Stadt Lüdinghausen beginnt eine neue Ära mit der gleichzeitigen Verabschiedung von der Kameralistik.

Eine Jahrhundertreform, die alle Städte und Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen bis zum 01.01.2009 umgesetzt haben müssen.

Mit der heutigen Haushaltsvorlage ziehen wir mit rund 2/3 der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gleich, die diesen Schritt bereits vollzogen haben.

Für Rat und Verwaltung schließt sich ab dem heutigen Tag eine neue Finanzwelt auf. Mit dem heutigen Tage verabschieden wir uns von gewohnten Begrifflichkeiten wie:

VERWALTUNGS- UND VERMÖGENSHAUSHALT,

- HAUSHALTSSTELLE,
KASSENEINNAHMEN- UND AUSGABERESTE.

Umgehen müssen wir nun mit Begriffen wie:

- ERGEBNIS- UND FINANZPLAN,
- FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN,
- PRODUKTE UND BILANZ.

Mit der Einführung des NEUEN KOMMUNALEN FINANZMANAGEMENTS schaffen wir ein einheitliches Rechnungswesen.

Sie werden sich genau so die Frage stellen, wie ich auch: „*Was bringt uns das NKF?*“ Mit Sicherheit nicht mehr Geld, sondern kurzfristig gesehen, sogar weniger, weil das NKF von uns verlangt, Zukunftswerte verstärkt im Auge zu behalten. Mit Sicherheit verschafft es uns aber mehr Informationen, bringt uns mehr Transparenz, sagt uns, wie wir die Zukunft belasten und damit auch mehr Bürgernähe.

Wir erhalten einen klareren Überblick über unser Vermögen sowie über die Höhe der Abschreibungen und des Werteverzehrs.

Ab heute stellen wir nicht mehr nur die Frage - *wie viel Geld haben wir zur Verfügung?*, sondern hinterfragen uns auch, welche Wirkungen wollen wir erreichen. Die Messung der Wirkung der erbrachten Leistungen wird anhand der Produkte und deren Kennzahlen erfolgen. Somit wird eine wesentliche politische Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse in der Überprüfung der Produkte, der Kennzahlen sowie der Festlegung der damit verbundenen strategischen Ziele liegen. Die Ermittlung von Kennzahlen und die Definition von Zielen wird in diesem und den folgenden Jahren eine gemeinsame Arbeit von Rat und Verwaltung sein.

Die erfreuliche Nachricht für heute: - Und auf die Sie bestimmt gespannt gewartet haben:

Der Ihnen im Entwurf zugehende Haushalt für 2008 ist buchungstechnisch durch die Ausgleichsrücklage „ausgeglichen“.

Damit ist keine aufsichtsbehördliche Genehmigung nach dem NKF-Gesetz erforderlich. Eine Aussage, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Denn immerhin müssen mehr als 140 Städte und Gemeinden im Lande Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr in die Haushaltssicherung, über 80 sogar in den Nothaushalt.

2008 und in den Folgejahren wird der Haushalt mit einem jeweiligen Defizit abschließen. Der Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage bedeutet einen Abbau des Eigenkapitals. Der schon seit einigen Jahren bestehende Konsolidierungsdruck wird uns auch beim NEUEN KOMMUNALEN

FINANZMANAGEMENT erhalten bleiben. Es wäre zu schön gewesen, wenn wir ihn durch die Einführung des NKF hätten abstreifen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2008 mit ihren Anlagen wird Ihnen hiermit gemäß § 80 GO NW zugeleitet.

Auch der Ihnen vorliegende NKF-Haushalt stellt - wie bisher der kamerale Haushalt auch - dar, wie 2008 der finanzielle Rahmen gesteckt werden soll. Er zeigt zudem auf, wo in der Aufgabenerfüllung die Schwerpunkte zu setzen sind. Darüber hinaus sind in dem Entwurf für die kommenden Jahre Eckpunkte der Entwicklung abzulesen.

Zum Haushalt des Jahres 2008 möchte ich nunmehr zusammenfassend vortragen:

Der Gesamtergebnisplan, der sämtliche Erträge und Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ausweist, weist ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 780.000 € aus.

Der Gesamtbetrag der Erträge beläuft sich auf 36.293.400 €.

Die Gesamtaufwendungen betragen 37.073.400 €.

Das negative Jahresergebnis muss durch eine Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Gegenüber dem kameralen Haushalt sind im NKF-Haushalt die Abschreibungen als Aufwand abzubilden. Nach vorläufigen Ermittlungen belaufen sich diese Abschreibungen auf 3.781.700 Euro. Demgegenüber stehen auf der Ertragsseite die Sonderposten in Höhe von 1.438.500 €. Bei den Sonderposten handelt es sich um Zuweisungen und Beiträge für Investitionsmaßnahmen. Sie sind als eigenkapitalähnlich einzustufen und wie die Investitionsmaßnahmen selbst über deren Nutzungsdauer aufzulösen und als Erträge zu verbuchen. Die Sonderposten mindern damit den Abschreibungsaufwand. Der „Netto-Aufwand“ aus Abschreibungen und Sonderposten beträgt für 2008 demnach 2.343.200 €.

Das trotz dieses beachtlichen Betrages im Jahresergebnis „nur“ ein Minus von 780.000 € zu verzeichnen ist, zeigt, dass etwa 2/3 dieses sog. „Netto-Aufwandes“ in 2008 erwirtschaftet wird.

Mit etwas Wehmut schaue ich dabei auf die Kameralistik zurück. Ein kameraler Haushalt 2008 wäre angesichts dieser Zahlen sogar strukturell ausgeglichen gewesen.

Ein neues Instrument im NKF ist die gerade von mir erwähnte Ausgleichsrücklage. Die Ausgleichsrücklage ist nach den Vorschriften der

Gemeindeordnung in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. Sie kann in der Eröffnungsbilanz bis zur Höhe eines Drittels des Eigenkapitals gebildet werden, höchstens jedoch bis zur Höhe eines Drittels der jährlichen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen. Diese Höhe bemisst sich nach dem Durchschnitt der drei Haushaltsjahre, die dem Bilanzstichtag vorangehen. Die Ausgleichsrücklage hat die Funktion eines Puffers für Schwankungen des Jahresergebnisses und darf zum Ausgleich von Überschüssen und Fehlbeträgen in der Ergebnisrechnung eingesetzt werden. Die Ausgleichsrücklage der Stadt Lüdinghausen beträgt rd. 7,7 Mio. Euro. Die Berechnung der Ausgleichsrücklage finden Sie in dem vor Ihnen liegenden Haushaltsplanentwurf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

der Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2008 sieht keine Erhöhung der Steuerhebesätze vor. Diese Feststellung gilt aus heutiger Sicht auch für den Zeitraum der Finanzplanungsjahre 2009 bis 2011. Damit bleiben die Steuersätze unverändert:

210 v. H. bei der Grundsteuer A,
400 v. H. bei der Grundsteuer B und
420 v. H. bei der Gewerbesteuer

Die Entwicklung in den kommenden Jahren wird zeigen, ob eine Erhöhung oder sogar Senkung der Steuerhebesätze geboten erscheint. Dies wird maßgeblich davon abhängen, ob die Bundes-, Landes- und Kreispolitik immer weitere Versprechungen für zusätzliche soziale Leistungen abgeben werden. Wenn die Bundes-, Landes- und Kreispolitik das tut, muss sie den Bürger ehrlich sagen, dass sie dafür auch mehr Steuern bezahlen müssen. Oder der Staat muss den gigantischen Schuldenberg von mittlerweile über 1.5 Billionen Euro weiter anwachsen lassen. Es besteht die akute Gefahr, dass wir den Staat mit immer neuen Sozialleistungen überfordern. Die im Sozialbereich im Jahr 2007 durch den Bund, das Land und den Kreis gemachten Versprechungen belasten unseren städtischen Haushalt allein im Jahre 2008 und in den Zukunftsjahren mit mehr als 400.000 Euro pro Jahr. Auch der Kreis sollte sich merken: *„Wenn seine Städte und Gemeinden mit Schnupfen nieder liegen, wird das für ihn eine Grippe zur Folge haben.“*

Notwendig ist es deshalb, die Leistungen auf die wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, ihnen effektiv zu helfen und den Menschen mehr Eigenverantwortung abzuverlangen. Nur so kann der Sozialstaat funktionsfähig bleiben.

Als grundsätzlich erfreulich ist die Entwicklung bei der Gewerbesteuer zu bezeichnen. Nach dem Einbruch im Jahr 2005, haben die Gewerbesteuern

wieder ein ansprechendes Niveau erreicht. Gegenüber dem Ansatz in 2007 in Höhe von 5,7 Mio. € konnte der Ansatz um 500.000 € in 2008 erhöht werden. Nach derzeitigem Stand der Veranlagungen erscheint der Ansatz realistisch zu sein.

Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen ist jedoch mit einem Wermutstropfen zu sehen. Durch die Finanzkrise der Westdeutschen Landesbank ist auch bei den Städten und Gemeinden im Kreis Coesfeld mit erheblichen finanziellen Verlusten zu rechnen. Aus diesem Grunde wurde vorsorglich der Ansatz für die Gewerbesteuer im Finanzplanungsjahr 2009 erheblich abgesenkt. Informationen über die Höhe der zu erwartenden Verluste sind noch nicht bekannt.

Erfreulich scheint sich auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu entwickeln. Für 2008 wird mit einer Einzahlung in Höhe von 8.050.000 € gerechnet. Gegenüber dem Ansatz des vergangenen Haushaltsjahres eine Erhöhung um 850.000 €.

Auf weitere wesentliche Haushaltspositionen möchte ich nachfolgend besonders eingehen:

1. Kreisumlage

Die Kreisumlage stellt mit 11.860.000 Euro die mit Abstand größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar. Die Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage steigen aufgrund der guten Konjunkturlage, insbesondere durch die allgemein gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden, gegenüber dem Ansatz 2007 um 11 %.

Bei unverändertem Hebesatz würden sich für den Kreis Mehreinnahmen von rd. 7,4 Mio. Euro ergeben (sog. Mitnahmeeffekt).

Der Ansatz im städt. Haushalt 2008 berücksichtigt eine Senkung des allgemeinen Hebesatzes der Kreisumlage um 2,22 %. Dennoch ergibt sich gegenüber dem Haushaltsansatz 2007 eine Erhöhung um rd. 345.000 Euro.

Trotz Auslagerung von Leistungen sieht der Entwurf des Kreishaushaltes für 2008 Personalaufwendungen ohne Berücksichtigung der durch die Verwaltungsstrukturreform bedingten Mehraufwendungen von circa 1,1 Millionen Euro mehr vor. Ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf der Gesellschaftsanteile der KSG wird für Investitionen eingesetzt, ohne sie – wie ursprünglich vorgesehen – zur weiteren Schuldentilgung einzusetzen.

Bei gutem Willen hätte man die Abschreibungszeiträume verlängern können, was zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden geführt hätte.

Drei Beispiel, die belegen, dass der Kreis noch erheblichen Handlungsspielraum hat, um seine Städte und Gemeinden nicht weiter finanziell zu belasten, sondern zu entlasten.

Bei der Kreisumlage – Mehrbelastung Jugendamt - ist für 2008 eine Erhöhung um 0,64 Prozentpunkte vorgesehen. Der Landrat begründet diese Erhöhung, die gegenüber dem Vorjahresansatz rd. 624.000 Euro beträgt, mit Mehraufwendungen aus der Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) und mit einer notwendigen Personalverstärkung auf Grund der außerordentlich schwierigen Situation im Bereich der Jugendhilfe. Insgesamt beträgt die Erhöhung der Kreisumlage damit 970.000 Euro.

Der Anteil der Kreisumlage an den Gesamtaufwendungen des Haushaltes 2008 beträgt rund 32,0 %. Rein rechnerisch bleibt festzuhalten, dass jeder dritte Euro an den Kreis abzuführen ist.

2. Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale

Kommunen erhalten die Schlüsselzuweisungen auf der Grundlage des jährlich neu zu beschließenden Gemeindefinanzierungsgesetzes. Die für den Berechnungszeitraum für die Schlüsselzuweisungen zu berücksichtigenden höheren Gewerbesteuereinnahmen führen in 2008 zu niedrigeren Schlüsselzuweisungen von rund 712.000 Euro.

An Investitionspauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 erhält die Stadt 888.800 Euro, dass sind rd. 68.800 Euro mehr als im Vorjahr.

3. Solidarbeitrag

Der Verfassungsgerichtshof NRW hat in einem Urteil in 2007 entschieden, dass die kommunale Finanzierungsbeitrag an den Lasten der deutschen Einheit die bundesrechtlich vorgegebene Obergrenze von rd. 40v. H. des Landessolidaritätsbeitrages nicht überschreiten darf. Diesen Spielraum hat der Landesgesetzgeber im Jahr 2006 missachtet. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass dadurch eine signifikante Überzahlung durch die Kommunen stattgefunden hat.

Auf Grund des Urteils des Verfassungsgerichtshofes hat die Landesregierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wonach den Kommunen für die Jahre 2006 und 2007 eine Abschlagzahlung in Höhe von 500 Mio. Euro und 180 Mio. Euro für 2008 erhalten sollen. Nach ersten Berechnungen der Landesregierung sollte sich für die Stadt Lüdinghausen ein Erstattungsbetrag in Höhe von rd. 652.000 Euro ergeben. Diese Summe finden Sie auch im vorliegenden Haushaltsentwurf.

Zwischenzeitlich hat der Landtag NRW das sog. „Feinabstimmungsabschlagsgesetz“ verabschiedet. Danach ergibt sich nach den Berechnungen des Innenministeriums eine veränderte Abschlagszahlung.

Die Stadt erhält nunmehr rd. 916.000 Euro. Das sind 264.000 Euro mehr. Die Auszahlung erfolgt über eine um rd. 183.000 Euro erhöhte Investitionszuschüsse und rd. 733.000 Euro erhöhte Schlüsselzuweisungen.

Etliche Jahre nach der Wiedervereinigung sollte unser Ministerpräsident in Berlin nachfragen:

„Ist es denn noch gerechtfertigt, dass unsere Kommunen jedes Jahr 500.000 Millionen Euro in den Osten überweisen? Zum Beispiel nach Dresden, das schuldenfrei ist? Zum Beispiel nach Leipzig, wo sich fast jeden Tag neue Betriebe ansiedeln? Betriebe, die oft mit Steuergeschenken aus dem Westen, aus Nordrhein-Westfalen abgeworben werden.“

Solidarität ja – aber bitte nicht nach der Himmelsrichtung, sondern nach dem tatsächlichen Bedarf. Und den gibt es auch bei uns.

4. Schulzuschüsse und Sportzuschüsse

Die Schulzuschüsse 2008 in Höhe von 708.400 Euro liegt erfreulicher Weise um 105.400 Euro über dem Ansatz des Vorjahres. Die Sportzuschüsse in Höhe von 65.400 Euro ist gegenüber dem Vorjahr in etwa unverändert geblieben.

Sowohl die Schulzuschüsse als auch die Sportzuschüsse 2008 sind in voller Höhe zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen des Jahres 2008 vorgesehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Haushaltsreden vergangener Jahre habe ich an dieser Stelle über die Entwicklung des Budgets – Zentrale Finanzwirtschaft berichtet.

Nach den Regeln des neuen Haushaltsrechtes verteilen sich diese Positionen nunmehr auf 4 Produkte bzw. Teilergebnispläne. Diese 4 Teilergebnispläne („Zentrale Finanzwirtschaft“, „Steuern und Gebühren“, „Allgemeine Zuweisungen, Umlagen“ und „Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement“) bilden nun die Finanzierungsbudgets des Ergebnisplanes.

Diese Teilergebnispläne schließen insgesamt mit einem Überschuss von 12.815.230 Euro ab.

Eine Vergleichbarkeit zu den Zahlen des kameraleen Haushaltes ist auf Grund der veränderten Systematik nur mit großem Aufwand möglich und würde an dieser Stelle zu weit führen.

Dennoch möchte ich Ihnen, bezogen auf einzelne Positionen, die Veränderungen über 50.000 Euro gegenüber dem Haushalt 2007 nennen.

Bei den Einzahlungen

eine Erhöhung	von 101.000 Euro Eigenkapitalverzinsung (Abwasserwerk)
eine Erhöhung	von 100.000 Euro bei der Grundsteuer B
ein Plus	von 500.000 Euro bei der Gewerbesteuer

ein Plus von 850.000 Euro beim Anteil an der Einkommensteuer
ein Minus von 712.000 Euro bei den Schlüsselzuweisungen
durch die Erstattung des Solidarbeitrages jetzt ein Plus von 21.000 Euro

Bei den Auszahlungen

ein Plus von 970.000 Euro bei der Kreisumlage.

Ein Vergleich der Ansätze für die Gewerbesteuerumlage ist nicht mehr ohne weiteres möglich, weil nach neuem Haushaltsrecht die Gewerbesteuerumlage periodisch, d.h. bezogen auf die Ist-Einnahmen des jeweiligen Haushaltsjahres, abgegrenzt wird.

Wie in den Jahren zuvor mussten bei der Übernahme der Budgetanmeldungen der Fachbereiche zum Haushalt 2008 erneut erhebliche Abstriche gemacht werden. Die Fachbereiche waren aber wieder bemüht, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten und das Ausgabenniveau des Vorjahres nicht zu überschreiten. Dies war jedoch nicht in allen Bereichen möglich.

Eine Prognose, inwieweit in zukünftigen Jahren wieder ausgeglichene Haushalte möglich werden, möchte ich angesichts der ständigen Überraschungen (Bankenkrise u.ä.) nicht wagen. Konsolidierung wird also auch in Zukunft ein ständiger Wegbegleiter sein. Die ohnehin nur noch wenigen freiwilligen Aufgaben und Leistungen werden immer wieder einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Auf einen Vergleich und auf Erläuterung einzelner Aufgabenblöcke des vorliegenden Haushaltsentwurfes möchte ich verzichten. Bei den Beratungen in den zuständigen Ausschüssen wird näher darauf einzugehen sein.

Lediglich auf die Personalkosten 2008 möchte ich hier besonders eingehen. Der Personalkostenansatz 2008 liegt erneut deutlich unter dem Ansatz des Jahres 2007 und beläuft sich auf 7.948.550 Euro. Hierin eingerechnet ist bereits eine Personalkostensteigerung in Höhe von 2,9 %. Der Genauigkeit wegen, muss ich jetzt sagen, bis Montag dieser Woche.

Die erneute Reduzierung der Personalkosten (- bis Dienstag dieser Woche -) wurde erreicht durch eine äußerst restriktive Stellenbewirtschaftung. An dieser Stelle gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen städtischen Einrichtungen, durch deren Leistungsbereitschaft eine Ausweitung des Personalbestandes und damit höhere Personalkosten vermieden werden konnten. Dabei sei gesagt, dass weitere

Personalreduzierungen, sinkende Standards zur Folge haben werden. Allen Entscheidungsträgern sollte dies bewusst sein.

Sie wissen alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Tarifverhandlungen Dienstag dieser Woche abgeschlossen worden sind und die Tarifparteien eine Einigung dergestalt erzielt haben, einheitlich fünfzig Euro mehr im Monat plus 3,1 % mehr Lohn und Gehalt vorzusehen. Im Schnitt addiert sich das zu einer Erhöhung der Entgelt um 5,1 %. Im nächsten Jahr steigen die Löhne und Gehälter dann noch einmal um 2,8 % und die Beschäftigten erhalten eine Einmalzahlung von 225 Euro.

Ich sage offen und ehrlich, ein maßvoller Abschluss ist das nicht. Sicher, die finanzielle Lage der öffentlichen Hand hat sich verbessert und im öffentlichen Dienst gibt es nach mageren Jahren einen Nachholbedarf. Diesen aber in erster Linie über kräftige, tabellenwirksame Lohnsteigerungen zu decken, ist gefährlich, denn eine derartige Erhöhung der Löhne wirkt - anders als angemessen hohe Einmalzahlungen in guten Jahren - dauerhaft. Der Sockel wächst, und in konjunkturell weniger rosigen Zeiten wird er den Kommunen Schwierigkeiten bereiten. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Aufschwung nachlässt. Dagegen hat die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerade erst begonnen.

Für Lüdinghausen bedeutet der Tarifabschluss für die Jahre 2008 und 2009 eine allein auf den Tarifabschluss basierte Mehrausgabe bei den Personalkosten von circa 510.000 Euro. Bezogen auf das Haushaltsjahr 2008 gilt festzuhalten, dass die Verwaltung bereits eine Personalkostensteigerung von 2,9 % eingerechnet hatte. Die noch verbleibende 2,2-prozentige Erhöhung wird bei den Haushaltsplanberatungen in einer Größenordnung von circa 132.000 Euro noch zu erwirtschaften sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,

wenden wir uns jetzt den geplanten Investitionsmaßnahmen im Jahre 2008 und den Folgejahren zu. Diese geplanten Investitionsmaßnahmen werden geprägt sein an die hohen Erwartungen an eine erfolgreiche Kinder-, Jugend-, Sport- und Bildungspolitik. Angesichts der gewandelten Rollen ist eine neue Balance von Familien und Erwerbsarbeit von Nöten. Wir brauchen Wachstumstreiber statt Wachstumsbremsen, Bewegung statt Bevormundung – und das bedeutet vor allem: Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Für diese unverzichtbare Bildung gilt es auch – wie wir es bereits schon in den vergangenen Jahren erfolgreich praktiziert haben – die räumlichen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

Wollen wir eine Stadt der Zukunft bleiben, so müssen sich unsere Bewohner mit ihr identifizieren, sich in ihr wohlfühlen, sich für sie engagieren. In der Stadt der Zukunft leistet der Sport dabei auch einen wesentlichen und nicht austauschbaren Beitrag. Dabei bieten die Sportvereine den Menschen

vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, für soziale zwischenmenschliche Kontakte, der Gesundheitsförderung, des bürgerschaftlichen Engagements und der Identifikation mit ihrer Stadt. Überall dort, wo Menschen leben, arbeiten und wohnen, ist der Sport nicht ein isoliertes gesellschaftliches Subsystem, sondern fester und sinngebender Bestandteil der Straßen-, Szenen-, Jugend-, Familien-, Senioren-, Fest- oder Vereinskultur. Deshalb wird das Ziel unserer zukunftsorientierten Stadtentwicklung neben der Bildung auch die kommunale Sportentwicklung sein, ein weiterer bedeutender Baustein jetzt und in der mittelfristigen Finanzplanung unserer Stadt.

Der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich nach dem Haushaltsentwurf 2008 auf 6.494.900 Euro.

Nach Abzug der Tilgungsleistungen für aufgenommene Kredite stehen demnach in 2008 6.165.500 Euro für Investitionen zur Verfügung.

Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit beläuft sich in 2008 auf 6.355.500 Euro.

Die Deckungslücke von 139.400 Euro zu den Auszahlungen bedeutet in diesem Jahr nicht, dass dafür Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen, sondern der Kurs der weiteren Entschuldung fortgesetzt werden kann.

Der positive Kassenbestand, der sich aus dem Abschluss des Jahres 2007 ergeben hat, versetzt die Stadt in die Lage, die Investitionen ohne die Aufnahme von Krediten zu finanzieren, womit die Verschuldung der Stadt weiter gesenkt werden kann.

Auch für die Investitionsmaßnahmen, mit denen bereits im vergangenen Jahr begonnen worden ist, bzw. für die eingegangenen Verpflichtungen (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) können ohne die Aufnahme neuer Kredite aus dem Kassenbestand finanziert werden.

- Neuveranschlagung von Maßnahmen aus 2007
- Notwendige Vorhaben im Hochbaubereich, insbesondere im Schulbau
- Erschließung neuer und bestehender Wohn- und Gewerbegebiete
- Ausstattung städtischer Einrichtungen
- Zukunftssicherung zur weiteren Entwicklung der Stadt sind auch weiterhin die Kriterien, unter denen in jedem Jahr die anstehenden Investitionsmaßnahmen zum betrachten sind.

Die Finanzlage der Stadt und die Auswirkungen auf den Ergebnisplan durch die dort zu veranschlagenden Abschreibungen müssen bei der Betrachtung der Investitionsmaßnahmen berücksichtigt werden. Unter dem Aspekt der

Finanzierbarkeit sind für Großprojekte nur Teilbeträge veranschlagt, sofern sich die Maßnahmen wirtschaftlich und bautechnisch auf zwei oder mehr Jahre verteilen lassen.

Die Endfinanzierung wird, dort wo es notwendig ist, durch Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre abgesichert. Der Haushaltsentwurf sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.520.000 Euro vor.

Sofern also möglich und sinnvoll, werden die Maßnahmen in die Zeit gesetzt.

Ich hoffe, dass wir bei der Auswahl der Maßnahmen 2008 – auch in Ihrem Sinne - den richtigen Weg vorgeschlagen haben.

Die Investitionsmaßnahmen, die ich Ihnen für dieses Jahr vorschlagen möchte, entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Haushaltsplan. Eine Zusammenstellung der Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 30.000 Euro finden Sie auch im Vorbericht.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle jedoch

- den Neubau der Sportanlage in Seppenrade mit circa 2,6 Millionen Euro,
- die Weiterführung der Umbaumaßnahmen an der alten Ostwallschule mit circa 750.000 Euro,
- den Beginn der Planungen für die Erweiterung der St. Mariengrundschule mit circa 50.000 Euro,
- zahlreichen Straßenbaumaßnahmen in den Wohn- und Gewerbegebieten mit circa 1,3 Millionen Euro und auch
- den Ausbau eines Wirtschafts-weges in Brochtup mit circa 105.000 Euro

Soviel zu den Investitionen bezogen auf das Jahr 2008.

Meine Damen , meine Herren,

der Haushalt 2008 und die Finanz- und Investitionsplanung bis 2011 sind unter Berücksichtigung der heute erhältlichen Daten aufgestellt worden.

Die Entwicklung der Kommunal Finanzen hat besonders in den letzten Jahren immer wieder Überraschungen gebracht, so dass Zahlen von Heute bereits Morgen schon wieder Makulatur waren. Es bleibt zu hoffen, dass der Bund und das Land verlässlichere und berechenbare Partner werden, die den Städten und Gemeinden bei ihren Finanzentscheidungen die „Luft zum Atmen“ nicht gänzlich nehmen. Denn Zukunft entsteht nicht nur beim Bund, beim Land oder beim Kreis. Zukunft entsteht vor der Haustür. Zukunft entsteht bei den Kommunen. Zukunft entsteht hier!

Die jüngsten Bemühungen und Entscheidungen zur Konsolidierung des städt. Haushaltes sollten auch nicht dazu dienen, dem Land und dem Bund die Möglichkeit zu bieten, den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben zu übertragen, ohne für die entsprechenden Gegenfinanzierung gesorgt zu haben.

In den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 decken die Einzahlung nicht die Auszahlungen, so dass zum Ausgleich weiterhin Mittel der Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen werden müssen. Unsere Hauptaufgabe wird sein, auf die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu verzichten oder zumindest auf ein Minimum zu beschränken, um nicht in die Haushaltssicherung abzurutschen.

Das Investitionsvolumen im Investitionsplanungszeitraum 2008 – 2011 erreicht über 20,0 Mio. Euro. Schwerpunkte dieses Investitions-volumens werden weiterhin der Schulbau als auch der Sportplatzbereich sein. So sieht alleine der Investitionsplan 2009 für den Schulbereich weitere 945.000 Euro, wobei alleine 250.000 Euro auf die St. Mariengrundschule im Jahre 2009 und insgesamt weitere 2,3 Millionen Euro in den Jahren 2010 und 2011 entfallen, vor. Mit knapp 1 Millionen Euro ist der Neubau eines Kunstrasenplatzes auf dem Stadion in Lüdinghausen für das kommende Haushaltsjahr ebenfalls vorgesehen, wobei wir jedoch auch hier davon ausgehen dass der Verein SC Union 08 die Notwendigkeit einer Beteiligung ebenfalls erkannt hat, um das sinnvolle Vorhaben realisieren zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neue NKF-Haushalt setzt neue Schwerpunkte für die Haushaltsberatungen. Wir werden nicht mehr über jede einzelne Haushaltsstelle diskutieren, sondern uns um die großen Ausgabeposten kümmern. Die Politik soll die Ziele vorgeben und letztendlich diese Ziele kontrollieren. Um Ihnen, aber auch der Verwaltung, den Einstieg in die neue Finanzwelt etwas zu erleichtern, haben wir in den einzelnen Teilplänen die Sachkonten, die in etwa den kameralen Haushaltsstellen gleichkommen, mit abgebildet. Diesen Service bitte ich jedoch nicht als Aufforderung zu verstehen, weiterhin über jede „1.000 Euro-Position“ im Einzelnen zu beraten und in der gewohnten Weise fortzufahren.

An dieser Stelle mein herzliches Dankeschön für die Geduld, die Sie aufgebracht haben, bis Sie den neuen Haushalt in Händen halten konnten.

Eines – und da wiederhole ich mich - bewirkt der NKF-Haushalt jedoch nicht: er wird nicht mehr Geld für Investitionen und Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zur Verfügung stellen. Trotzdem bin

ich zuversichtlich, dass wir in der noch aufzustellenden Eröffnungsbilanz, in der wir Pensionsrückstellungen und Abschreibungen in Millionenhöhe darstellen müssen, einigermaßen verkraften werden. Zwar sieht der Haushalt 2008 einen Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 780.000 Euro vor, dies ist jedoch im Verhältnis zu vielen anderen Kommunen noch ein akzeptables Ergebnis. Gemeinsames Ziel muss aber weiterhin bleiben, den Ausgleich des Haushaltes auch ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu erreichen. Dies ist jedoch ein hoch gestecktes Ziel, wenn man die Plandaten der Haushaltsjahre 2009 – 2011 betrachtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtverordnete,
kennen Sie die Geschichte vom Fischer, der in der Sonne sitzt, als er von einem knipsenden Touristen gestört wird? Er will wissen, warum der Fischer nicht öfter hinaus fährt, mehr Fische fängt, ein größeres Boot kauft, Überschüsse erwirtschaftet....., um später gemütlich die Beine hoch legen zu können....

"Aber das tu ich ja schon jetzt", sagt der Befragte in Heinrich Bölls Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral. Ich sitze beruhigt am Hafen und döse. Nur Ihr Klicken hat mich dabei gestört."

Wäre das doch schön, wenn uns ein bisschen mehr von dieser Gelassenheit zu Eigen wäre. Die Realitäten sind allerdings andere und ein fiktives Meer mit unendlichen Fischgründen ist nicht zu vergleichen mit den zahlreichen und vielfältigen Herausforderungen der Zukunft.

Carl von Clausewitz hat es auf den Punkt gebracht:

„Ohne Mut und Entschlossenheit kann man.... nie etwas tun, denn Gefahren gibt es überall!“

Diesen Mut und diese Entschlossenheit wünsche ich uns allen. Lassen Sie uns auch in Zukunft

- gemeinsam für die Interessen unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eintreten.
- Gemeinsam die kommenden Herausforderungen meistern.

Es lohnt sich!

*Meine sehr geehrten
Damen und Herren,*

es gäbe noch viel zu sagen – vieles, was es auch wert wäre ausführlich dargestellt zu werden.

Ein Blick auf die Uhr verrät mir jedoch, dass ich Ihnen heute am 3. April schon viel zugemutet habe. Für Ihr Zuhören aber auch für Ihre Geduld bedanke ich mich. Genau so wie ich Dank sagen möchte, allen, die am Zustandekommen dieses Etatentwurfes beteiligt waren, ganz besonders bei Ihnen Herrn Tuschmann. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Vertretern im Ehren- und Hauptamt, Herrn Weiland, Herrn Holz und Herrn Dr. Scheipers, bei allen Stadtverordneten, den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Dr. Waldt, Herrn Spiekermann-Blankertz, Herrn Mönning und Herrn Schwarzenberg sowie bei allen Fachbereichsleitern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Heute, am 3. April feiert unser ehemaliger Bundeskanzler, Dr. Helmut Kohl seinen Geburtstag. Einer seiner bekanntesten Sätze war: *„Entscheidend ist, was hinten raus kommt.“*

Seien wir gespannt, was bei den nunmehr beginnenden Haushaltsplanberatungen 2008 hinten heraus kommen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Es gilt das gesprochene Wort- Lüdinghausen, 3. April 2008